

Israel beginnt mit Abschiebung afrikanischer Asylbewerber

Etwa 39.000 afrikanische Flüchtlinge leben in Israel, die meisten Eritreer und Sudanesen. Sie kamen als illegale Einwanderer während der grossen Flüchtlingswellen zwischen 2010 und 2013 über die ägyptische Grenze ins Land. Zeitweise lebten schätzungsweise bis zu 60.000 Afrikaner illegal im Land. Seitdem Israel den Grenzzaun zu Ägypten Ende 2013 fertiggestellt hat, ist die Zahl zwar rapide gesunken, aber nun sollen etwa 20.000 Afrikaner ihre Abschiebungsbescheide erhalten.

Nach Erhalt der Bescheide haben die Betroffenen zwei Monate Zeit Israel zu verlassen, tun sie das nicht, verlieren sie ihre Arbeitsgenehmigung und können für unbestimmte Zeit inhaftiert werden. Für den Moment sollen lediglich alleinstehende Männer abgeschoben werden, Eltern und Kinder dürfen erst einmal in Israel bleiben, auch wenn sich das höchstwahrscheinlich in der Zukunft noch ändern wird. Auch diejenigen, die erst Ende 2017 Asyl beantragt und noch keine Rückmeldung dazu erhalten haben, bleiben noch von den Abschiebungsbescheiden verschont. Die Behörden legen den betroffenen Flüchtlingen nahe, entweder in ihre Heimatstaaten oder nach Ruanda, ein Land, das Israel als sicheren Drittstaat bewertet hat, auszureisen. Den Ausreisewilligen soll vor ihrer Abreise ein Zuschuss in Höhe von 3.500 USD und ein entsprechendes Visum für Ruanda gegeben werden.



Eritreer und Sudanesen bei einer Demo in Tel Aviv (Bild: אופק כחול – BlueHorizon at Hebrew Wikipedia).

Die Entscheidung, jetzt die Abschiebungen durchzusetzen hat viel Kritik und Diskussionen in Israel ausgelöst. In Eritrea herrscht lebenslange Wehrpflicht, im Sudan tobt ein Bürgerkrieg und Ruanda wird von vielen Menschenrechtlern nicht als sicheres Drittland für die Flüchtlinge bewertet. Diesen Argumenten gegenüber stehen die Konservativen im Land, die in den überwiegend muslimischen Afrikanern eine Bedrohung für die jüdische Identität Israel und im allgemeinen sehen, nachdem

die Kriminalität in Nachbarschaften, in denen viele Afrikaner leben (beispielsweise Süd-Tel Aviv) rapide angestiegen war.

Weitere Informationen:

Israel erteilt Abschiebebescheide an Afrikaner (eng), Haaretz, 04.02.18

<https://www.haaretz.com/israel-news/israel-starts-issuing-deportation-notice-to-african-asylum-seekers-1.5784552>

Software sieht potentielle Verkehrsunfälle vorher

Die israelische Polizei will künftig der hohen Anzahl von Verkehrsunfällen im Land mit einer neuen Technologie beikommen: Forscher der Bar-Ilan-Universität haben eine Software entwickelt, mit deren Hilfe man potentielle Unfälle vorhersagen kann.

Das Team hat dafür eine grosse Menge an Daten von Verkehrsunfällen aus den letzten 13 Jahren analysiert sowie das gesamte Strassennetz Israels erfasst und auf der Grundlage von Faktoren wie Gefällen, Strassenwinkeln, Stand der Sonne und den Einfluss auf das Sichtfeld die Software entwickelt. Insgesamt sollen 120 Variablen die Wahrscheinlichkeit für schwere Unfälle bestimmen. Die Technologie wird bald von der israelischen Verkehrspolizei genutzt, anfangs noch mit einem Vorlauf von 24 Stunden, obwohl die Entwickler der Software erklären, dass die Software auch in Echtzeit funktioniert.

Seit 2012 steigt die Zahl der Verkehrsunfälle im Land stetig an. 2017 starben 364 Menschen und mehr als 24.000 wurden in Unfällen auf der Strasse verletzt. Die Zahl der Fahrzeuge auf Israels Strassen steigt ständig an, gute Alternativen durch den öffentlichen Nahverkehr fehlen in vielen Gegenden im Land.



Die Software soll helfen, Verkehrsunfälle zu vermeiden (Bild: Pixabay)

Weitere Informationen:

Software für weniger Verkehrsunfälle (eng), Calcalist, 31.01.18

<https://www.calcalistech.com/ctech/articles/0,7340,L-3730858,00.html>

Zu viele Lebensmittel wandern in den Müll

Mit 463.000 Familien, zwei Millionen Menschen insgesamt, darunter 850.000 Kindern, die in Israel in Armut leben hält das Land eine traurige Spitzenposition im OECD-Vergleich. Vielen dieser Familien fehlt es an den einfachsten Dingen, oftmals auch an Grundlegendem wie Nahrungsmittel. In einem Land, in dem gleichzeitig regelmässig in Restaurants, Hotels, Veranstaltungssälen, Kantinen und Supermärkten rund 25 Prozent der Lebensmittel in den Müll wandern ist das umso schockierender.

Schuld daran sind Gesetze, die es verhindern, dass nicht gegessene Lebensmittel an Bedürftige gespendet werden können. Die meisten Organisationen haben schlichtweg zuviel Angst davor, verklagt zu werden, falls sie Essen spenden, was dann aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr gut ist. Die Organisation *Leket Israel*, die bedürftige Familien mit Essenspenden versorgt, plädiert seit Jahren dafür, dass diese gesetzliche Regelung geändert wird. In Ländern wie den USA können Nahrungsmittelspender nicht belangt werden, wenn sie in gutem Glauben handeln – eine ähnliche Regelung wäre auch in Israel denkbar.



Nahrungsmittelspenden sollten einfacher gemacht werden, um Bedürftige zu versorgen (Bild: Pixabay).

Weitere Informationen:

Nahrungsmittel werden weggeworfen und nicht gespendet (englisch), Globes, 01.02.18

<http://www.globes.co.il/en/article-25-of-food-in-israel-goes-to-waste-1001222051>

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il

Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN.

Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 – Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon

Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach – SWIFT/BIC: LINSCH23XXX